

»Der Ausbau der Flughäfen muss gestoppt werden«

Widersprüchliche Klimadebatte: Während einzelnen Verzicht gepredigt wird, werden Airports immer weiter vergrößert. **Ein Gespräch mit Ute Bertrand**

Von Freitag an wird die Umweltschutzorganisation »Robin Wood« mit einer Floßtour unter dem Motto »Flieger stoppen, statt Klimaschrotten!« über Main und Rhein schippern. Von Frankfurt geht es mit mehreren Zwischenstopps bis nach Köln. Warum starten Sie Ihre Tour in der Mainmetropole?

In Frankfurt liegt der größte und verkehrsreichste Flughafen der Republik. Mit unserer Tour bis zum 15. September wollen wir Druck machen und Menschen überzeugen, wie klimaschädlich das Fliegen ist. Wir werden Alternativen dazu diskutieren und darüber reden, wie die Verkehrswende bewältigt werden kann.

Werbung für alternative Verkehrsmittel werden Sie mit der Aktion kaum machen. Um zügig von A nach B zu kommen, ist ein Floß bedingt massentauglich ...

Es macht Spaß, auch mal langsam unterwegs zu sein. An Bord werden wir gemeinsam essen, übernachten und politische Debatten führen. Wir machen schon seit 1999 Floßfahrten, mal auf der Elbe, mal auf dem Neckar. Jetzt sind Main und Rhein an der Reihe – auch um zu zeigen, dass es für ein bisschen Abenteuer nicht den Trip auf die Malediven braucht.

Freilich ist für den Alltag die Bahn die eigentliche klimafreundliche und effiziente Alternative zum Flieger. Wir fordern, Kurzstreckenflüge bis zu 1.000 Kilometer zu unterlassen, da diese Strecken gut mit der Bahn zu bewältigen sind. Dann bräuhete es auch keinen Neu- und Ausbau von Flughäfen mehr. Zudem müssen Flugbewegungen insgesamt reduziert und Nachtflüge eingestellt werden. Es ist absurd, den Frankfurter Flughafen erst im gigantischen Ausmaß mit dem Terminal 3 auszubauen und letztlich Menschen zu verlocken, sich maximal klimaschädlich zu verhalten, und auf der anderen Seite Klimaschutz zu predigen.

Weil mehr als 50 Prozent der Passagiere in Frankfurt von einem Flieger in den anderen umsteigen, treffe die Forderung nach Abschaffung aller Inlandsflüge diesen wirtschaftlich »ins Mark«, beklagte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am Montag. Das kümmert sie nicht?

Es gibt hier unterschiedliche Positionen: Die Mitglieder des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft haben zuletzt Gesprächs-

bereitschaft signalisiert, Verkehr von der Luft auf die Schiene zu verlagern. Tatsächlich fliegen aber immer mehr Menschen. Das Statistische Bundesamt zählte 2018 rund 223 Millionen Passagiere an deutschen Flughäfen. Das sind 4,7 Prozent Reisende mehr als im Vorjahr. Nach dem Mobilitätsbericht der Deutschen Flugsicherung waren 2018 bis zu 11.000 Flugzeuge pro Tag im deutschen Luftraum.

Wie ist dieser Anstieg vor dem Hintergrund zu erklären, dass zeitgleich von »Flugscham« die Rede ist und die Schüler von »Fridays for Future« Verzicht annehmen?

Die politischen Verantwortlichen setzen auf den weiteren Ausbau der Flughäfen, statt

diese Investitionen zu stoppen. Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport jubelte Ende April, mit dem neuen Terminal 3 die »Zukunftsfähigkeit« des Airports zu sichern. Mit dem Flugsteig G ist geplant, bis 2021 die Kapazität um bis zu fünf Millionen Passagieren pro Jahr zu steigern. Bis 2023 sollen die Flugsteige H und J fertig sein, wodurch an dem Terminal insgesamt 21 Millionen Fluggäste zusätzlich abgefertigt werden sollen. Bei diesen Entwicklungen ist es absurd, dass internationale Flüge nicht mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden, wie es etwa bei Bahnreisen geschieht. Dabei braucht es dringend Subventionen für die Schiene.

Auch die »Fridays for Future«-Bewegung fordert, Inlandsflüge abzuschaffen. Kooperieren Sie miteinander?

Ja. Wir arbeiten mit lokalen »Fridays for Future«-Gruppen auf unserer Tour zusammen und mobilisieren zugleich für den globalen Klimastreik und die Aktionswoche ab dem 20. September.

Die Grünen sitzen sowohl in der Stadt Frankfurt als auch auf hessischer Landesebene mit am Regierungstisch. Dennoch schweigt die Partei trotz stetig anders lautender Wahlversprechen seit Jahren zum Ausbau des Rhein-Main-Airports. Für wie glaubwürdig halten Sie es, wenn Grünen-Politiker aktuell fordern, Inlandsflüge zu stoppen?

Neu ist das Phänomen nicht. Sobald Parteien Regierungsverantwortung tragen, machen sie häufig nicht mehr das, was sie in der Opposition versprochen haben.

Interview: Gitta Düperthal

■ flosstour.de



Ute Bertrand ist Sprecherin der Umweltschutzorganisation »Robin Wood«



MAXIM SHIPENKOV/POOL PHOTO VIA AP/DPA

Syrien-Dialog. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ist zu Syrien-Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Moskau angekommen. Während einer ersten gemeinsamen Stellungnahme am Rand einer internationalen Luft- und Raumfahrtmesse in Moskau sprach Erdogan von einem »aufrichtigen und engen Dialog« mit Russland. Hauptthema des Treffens dürfte die Lage in der von Dschihadisten beherrschten syrischen Provinz Idlib sein. Diese werden von der Türkei unterstützt, während Russland an der Seite von Damaskus steht. (dpa/iW)

Rechte plant Hetzjagden

LKA: Chemnitzer Neonazis trafen 2018 Absprachen vor Ausschreitungen

Ein Jahr nach dem Tod von Daniel H. ist nun bekannt geworden, dass schon vor den rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz vor einem Jahr Neonazis untereinander von »Hetzjagden« sprachen und gezielte Angriffe auf Migranten planten. Dies hätten gemeinsame Recherchen von *Süddeutscher Zeitung* (Dienstausgabe), *NDR* und *WDR* ergeben. Ihnen sollen Ergebnisse neuer Ermittlungen des sächsischen Landeskriminalamts (LKA) vorliegen, die diesen Schluss nahelegten.

Die Ermittler hätten demnach Zugriff auf Mobiltelefone bekannter Neonazis aus dem Großraum Chemnitz gehabt. Deren Kommunikation habe zahlreiche Formulierungen und Gespräche enthalten, welche die Beamten als »Verabredungen zu Gewalt gegen Migranten und Prahlereien über an-

geblich erfolgreiche Jagd auf Ausländer« deuteten. Laut Bericht würden überwachte Chatverläufe die »tatsächliche Umsetzung von Gewalttaten gegen Ausländer« verdeutlichen. Das digitale Beweismaterial stamme demnach vom 26. und 28. August 2018, und die Teilnehmer der rechten Veranstaltung hätten selbst den Begriff »Jagd« verwendet – Tage bevor die mediale Debatte über die Frage, ob es Hetzjagden wirklich gegeben habe, angestoßen wurde.

In »bester sächsischer Gewohnheit« seien diese »verharmlost und relativiert« worden, sagte Parteichefin Katja Kipping am Dienstag der Nachrichtenagentur *AFP*. »Die Chatprotokolle der Neonazigruppe »Revolution Chemnitz« deuten sehr stark darauf hin, dass die voreiligen Bewertungen Hans-Georg Maaßens und der sächsi-

schen CDU schlicht falsch und irreführend waren«, stellte Kipping richtig.

Am 26. August 2018 war es zu einer tödlichen Messerattacke auf Daniel H. gekommen. Das Landgericht Chemnitz hat am Donnerstag den Syrer Alaa S. für die Tat zu neun Jahren verurteilt. Die Verteidigung kündigte Revision an (siehe *jW* vom 24.8.). Der Streit um die Frage, ob es anschließend Hetzjagden gegeben habe, wurde auf Bundesebene zum Politikum für die Regierung aus CDU/CSU und SPD und führte letztlich dazu, dass der damalige Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz Maaßen seinen Posten verlor. Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (beide CDU) hatte später in einer Regierungserklärung behauptet, es habe keine Hetzjagden gegeben. (dpa/iW)

NACHRICHTEN

China stärkt Iran im Atomstreit den Rücken

Beijing. China unterstützt den Iran im Streit mit den USA über das Atomprogramm Teherans. China begrüße, dass der Iran das Atomabkommen »getreu umgesetzt« habe, sagte Chinas Außenminister Wang Yi laut chinesischem Staatsfernsehen am Montag abend (Ortszeit) bei einem Treffen mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammed Dschawad Sarif in Beijing. Es sollte anerkannt werden, dass sich der Iran an das von den USA aufgekündigte Abkommen gehalten habe. China verstehe, dass der Iran legitime Forderungen habe, so Wang Yi weiter. Sarif war nach seinem Besuch beim G-7-Treffen weiter nach China gereist. (dpa/iW) ■ Siehe Seite 6

Hisbollah wirft Israel geplanten Angriff in Beirut vor

Beirut. Die Hisbollah hat Israel vorgeworfen, einen Bombenangriff mit Drohnen im Libanon organisiert zu ha-

ben. Eine am Wochenende im Süden Beiruts abgestürzte Drohne habe einen Sprengsatz enthalten, teilte die Hisbollah am Dienstag mit. Der Sprengsatz habe 5,5 Kilogramm gewogen. Nach Untersuchungen der Überreste komme man zu dem Schluss, dass es sich nicht um eine Aufklärungsdrohne handle. Die Hisbollah bezeichnete die beiden Zwischenfälle vom Sonntag als »zwei Drohnenangriffe mit Bomben« auf den Süden der libanesischen Hauptstadt Beirut. (dpa/iW) ■ Siehe Seite 3

Razzia bei Deutscher Polizeigewerkschaft

Kiel. Polizisten haben am Dienstag im Auftrag der Staatsanwaltschaft Kiel die Geschäftsräume der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) in Kiel und die Privatwohnung eines führenden Gewerkschaftsvertreters in Lübeck durchsucht, wie der *NDR* am Dienstag berichtete. Laut Oberstaatsanwalt Henning Haderer bestehe ein Anfangsverdacht gegen einen Mitarbeiter der Landes-

polizei, polizeiinterne und sicherheitsrelevante Informationen an Journalisten weitergegeben zu haben. Auch die Privatwohnung des stellvertretenden DPoG-Landesvorsitzenden wurde durchsucht. (jW)

Mietendeckel für Seehofer zu wenig »sozial«

Berlin. Bundesinnenminister Horst Seehofer lehnt die Pläne des Landes Berlin für einen Mietendeckel ab. »Ein Mietendeckel wird die Engpässe auf den Wohnungsmärkten verschärfen«, sagte der auch für den Bereich Wohnen zuständige CSU-Politiker am Dienstag auf Anfrage der *Deutschen Presseagentur*. Eine solche Regelung sende »nicht nur ein falsches Signal an die Wohnungswirtschaft«, sondern schrecke auch Investoren ab. Sein Maßstab sei die soziale Marktwirtschaft, so Seehofer. Der »rot-rot-grüne« Berliner Senat will die Mieten nicht nur für fünf Jahre einfrieren, sondern möglicherweise auch teilweise senken. (dpa/iW) ■ Siehe Seite 14